

Sparen – koste es, was es wolle...

„Innere Sicherheit ist ein hohes Gut für die Lebensqualität der Menschen in unserem Land. Ihre Gewährleistung ist zugleich Standortfaktor von herausragender Bedeutung“. So formuliert das Programm Innere Sicherheit (PIS) in seiner aktuellen Fassung die Bedeutung einer uneingeschränkten Inneren Sicherheit für das Gemeinwohl.

In den Vereinbarungen der rheinland-pfälzischen Koalitionäre von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ist ebenfalls von Präventionsstärkung und Sicherheit auf höchstem Niveau die Rede. Die Festlegungen zur Personalstärke in eben jenem Vertrag ließen aber bereits erste Alarmglocken klingen.

Mit den Überlegungen zur „Optimierung der Polizeiorganisation“ entstanden weitere Mutmaßungen über tiefgreifende, finanziell bedingte Einschnitte, die zunächst vehement von der Hand gewiesen wurden. Sparen stehe nicht im Vordergrund. Scheibchenweise aber lässt die Politik inzwischen die Katze aus dem Sack: *„Das hat sich nunmehr geändert. Heute haben wir den Punkt erreicht, an dem die finanziellen Zwänge unverkennbar im Vordergrund stehen und das weitere Vorgehen dominieren“* formuliert Polizeiabteilungsleiter Joachim Laux im Mitarbeiterbrief vom 19.09.2011 an die Beschäftigten in der Polizei. Er beruft sich auf Eckvorgaben des Landeskabinetts zum Erreichen des durch die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse vorgegebenen Sparziels, die das Land zwingt, jährlich 220 Millionen Euro einzusparen, um ab 2020 einen ausgeglichenen Landeshaushalt zu erreichen. Runde 6 Millionen Euro entfallen dabei auf die Polizei – wohlgemerkt jedes Jahr und ob diese Zahl nicht sogar zu tief gegriffen ist, muss sich noch erweisen.

Im ersten Schritt sollen bedeutende Präventionsprojekte in das Fadenkreuz der Sparfuchse geraten: Abschaffung von Puppenbühnen, Schließung von Polizeiläden, Aufgabe der Verkehrserziehung, drastische Rückführung bei den sonstigen Kriminal- und Verkehrspräventionsmaßnahmen. Verabschiedet sich das Land Rheinland-Pfalz jetzt und in Folge aus der - vollkommen zu Recht – bisher so hoch gewerteten Vorbeugung, aus der Verhinderung von Straftaten, auf den Aufbau eines Vertrauensverhältnisses bereits von Kindesbeinen an? Fatal - es sei denn man nimmt die Sichtweise jener Landtagsabgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen ein, die ernsthaft die Frage stellt, ob nicht das Spiel der Puppenbühnen mitverantwortlich ist für die zunehmende Gewalt gegenüber Polizeibeamten.

Der Fuhrpark der Polizei soll verkleinert, die Treibstoffkosten vermindert und die Zahl der Diensthunde reduziert werden. Bislang unerlässliche mit hohem Einsatzwert verbundene Hilfsmittel stehen dann nicht mehr oder nur noch eingeschränkt zur Verfügung. Angesichts der besonderen Bedingungen in einem Flächenland müssen wir uns bald die Frage stellen, ob und wie wir von A nach B gelangen, um dem Bürger noch zur Seite stehen zu können? Vielleicht brauchen wir ja das Geld, um Beschwerdestellen einzurichten und die allumfassende Individualkennzeichnung der Polizei zu organisieren?

Überlegt wird, die Wach- und Sicherheitsdienste in den Liegenschaften der Bereitschaftspolizei künftig wieder durch Polizeibeamtinnen und -beamte wahrnehmen zu

lassen. Die Kolleginnen und Kollegen, teuer ausgebildet und hoch qualifiziert, stehen dann natürlich nicht mehr für Einsätze oder Unterstützungen im Einzeldienst zur Verfügung. Angesichts der beabsichtigten Personalplanungen mit unabsehbaren Folgen. Sparen – koste es was es wolle?

Dass man angesichts der personellen Festlegungen und den daraus resultierenden Folgen zur Verfügbarkeit von Polizeipersonal auch überlegt, Dienststellen zusammenzufassen, umzuwidmen oder aufzulösen ist die beinahe logische Konsequenz. Und - Hand aufs Herz -, es gibt tatsächlich Bereiche in denen man aus guten organisatorischen und in der Folge auch fiskalischen Gründen darüber nachdenken darf. Aber jede Dienststellenveränderung ist auch ein Stück polizeilicher Rückzug aus der Fläche, will deshalb sehr, sehr gut überlegt sein und muss die ultima ratio bleiben.

In den nächsten Tagen will der Innenminister seine tatsächlichen Überlegungen und Entscheidungsvorschläge bekannt geben. Dann liegen die Karten endgültig auf dem Tisch. Diese Überlegungen finden Eingang in den Entwurf der Landesregierung zum Doppelhaushalt für die Jahre 2012 und 2013 der ebenfalls im Oktober präsentiert wird. Anschließend werden die Parlamentarier die Entscheidung darüber zu treffen haben, wie viel Polizei, wie viel Innere Sicherheit im bislang sicheren Rheinland-Pfalz noch gewünscht werden. Wir wünschen unseren Volksvertretern dazu einen klaren Kopf. Denn kopfloses Sparen gefährdet die Innere Sicherheit!